

# Beschluss I03NEU

## Antrag

**Initiator\*innen:** SPD-Landesparteitag

**Titel:** Von Riesa geht ein Signal aus!

### Antragstext

1 Die sächsische SPD unterstützt den „[Riesaer Appell](#)“ der  
2 Nahrungsmittelgewerkschaft NGG: Denn von Riesa geht ein Signal aus. In Sachsen  
3 und ganz Ostdeutschland entsteht eine neue gesellschaftliche Bewegung der  
4 Beschäftigten, die selbstbewusst ihre Rechte einfordert und zusammen mit den  
5 Gewerkschaften für höhere Löhne oder ihren Standort kämpfen. Beschäftigte, die  
6 sich nicht mehr damit zufrieden geben, dass sie 30 Jahre nach der Deutschen  
7 Einheit immer noch länger arbeiten, aber weniger verdienen.

8 Diese Arbeitskämpfe sind nicht nur für die einzelnen Arbeiterinnen und  
9 Arbeiter und ganze Belegschaften wichtig. Sie stärken auch den  
10 gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie in Sachsen. Denn der  
11 Ärger, für die eigene harte Arbeitsleistung keine angemessene Vergütung und  
12 später Rente zu erhalten, hat zur Wut auf *die Politik* in Sachsen beigetragen.  
13 Sie speiste sich auch aus dem Eindruck, dass die Politik scheinbar die  
14 Alltagsprobleme nicht zu sehen schien, dass etwa der Lohn nicht zum Leben  
15 reicht.

16 Das Engagement der Beschäftigten ist ein demokratisches Recht. Betriebliche  
17 Interessenvertretungen ermöglichen es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihre  
18 Rechte und Interessen selbst zu organisieren. Diese Rechte basieren auf dem im  
19 Grundgesetz festgelegten Sozialstaatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland.  
20 Auch in Sachsen leben viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie  
21 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Sozialpartnerschaft.

22 Gerade diese Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen  
23 ist derzeit besonders wichtig: Denn Im Schatten von Corona werden ganze

24 Wirtschafts- und Industriezweige durch Klimawandel, Digitalisierung und  
25 Automatisierung neu geordnet. Es geht daher darum, den Industrie- und  
26 Wirtschaftsstandort Sachsen zu stärken, um dadurch Arbeitsplätze zu sichern.  
27 Sachsens Industrie- und Dienstleistungswirtschaft kann bei Zukunftsthemen an die  
28 Spitze westdeutscher Bundesländer aufschließen und Vorreiter werden!

29 Doch einige sächsische Unternehmer scheinen immer noch im ostdeutschen  
30 Turbokapitalismus der 1990er Jahre zu leben. Sie verunglimpfen Mitwirkung und  
31 Mitbestimmung als Eingriffe in die unternehmerische Freiheit und bremsen auf  
32 unterschiedliche Arten Mitbestimmung aus. Gleichzeitig behandelt manches  
33 Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland Ost-Betriebe immer noch als  
34 Reservekanister oder Billiglohnstandort wo man doch bitte länger arbeiten und  
35 weniger verdienen soll, und den man im Zweifel zuerst schließen kann.

36 Die Beschäftigten in Sachsen stellen sich diesem Denken entschieden entgegen:  
37 Immer lauter und mit immer mehr Nachdruck. Das zollt uns Respekt ab, denn es  
38 wird vielfach unterschätzt, was Massenarbeitslosigkeit und die damit  
39 einhergehende einseitige Macht der Unternehmen in den letzten 30 Jahren mit den  
40 Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen gemacht hat: Man hat damals vielen den  
41 Zahn gezogen. Das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ führte und führt  
42 dazu, dass die Ostdeutschen beim Einkommen oft als Kolleginnen und Kollegen  
43 zweiter Klasse da stehen. In vielen Branchen bezahlen sie den Verzicht auf  
44 Mitbestimmung bis heute mit geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen  
45 und infolgedessen leider auch mit Altersarmut. Diese Zeit müssen wir endlich  
46 hinter uns lassen und dafür gemeinsam streiten.

47 Denn fest steht: Die Beschäftigten müssen heute weniger Angst um den  
48 Arbeitsplatz haben, wenn sie Forderungen an die Firmen und Chefs stellen.  
49 Arbeitsplatzverlust ist in Zeiten des Fachkräftemangels oft eine leere Drohung.  
50 Die Sächsinen und Sachsen sollten und können mutig sein, sich gegen  
51 ungerechte Löhne und fehlende Mitbestimmung zur Wehr zu setzen.

52 Der Riesaer Appell ist genau deshalb ein wichtiges Signal der ostdeutschen  
53 Beschäftigten, welchen wir ausdrücklich unterstützen. Denn wir stehen an der  
54 Seite der Beschäftigten in ganz Sachsen und streiten mit ihnen für mehr  
55 Mitbestimmung und gute Löhne. **Insbesondere wichtig ist uns dabei – in**  
56 **Anknüpfung an die Forderungen aus dem Appell – für unsere politische Arbeit:**

- 57 • **Die SPD Sachsen steht an der Seite der Beschäftigten:** Wir unterstützen  
58 Initiativen von allen Beschäftigten, die sich auf den Weg machen, um  
59 Niedriglöhne, fehlende Mitbestimmung und deutliche Lohnunterschiede zu  
60 überwinden. Das von der SPD im Bund durchgesetzte „Betriebsräte-  
61 Modernisierungs-Gesetz“ war hier ein wichtiger Schritt: Dieses schützt

62 nun Kolleginnen und Kollegen, die einen Betriebsrat gründen wollen.

- 63 • **Arbeit muss vor Altersarmut schützen:** Wir brauchen Löhne, von denen die  
64 Menschen heute und im Alter nicht in Armut leben müssen. Denn wer den  
65 ganzen Tag arbeitet, muss ohne zusätzliche Unterstützung leben können  
66 und vor Altersarmut geschützt sein. Das ist eine Frage des Respekts.  
67 Armutsfeste Löhne sind das Gebot der Stunde. Daher fordern wir, den  
68 Mindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen.
  
- 69 • **Weg mit den Lohnunterschieden:** Über 30 Jahre nach der Deutschen Einheit  
70 müssen Lohnunterschiede von mehreren Hundert Euro im Monat bei  
71 gleichwertiger Arbeit der Vergangenheit angehören. Heute sind gute Löhne  
72 und Arbeitsbedingungen nicht nur eine Frage des Respekts, sondern sie  
73 sichern auch die Versorgung mit Fachkräften. Nur mit guten Löhnen findet  
74 man gute Leute. Die Zeit der Zurückstellung von Arbeitnehmerinteressen  
75 muss vorbei sein – im Interesse der Beschäftigten, und im Interesse des  
76 Wirtschaftsstandorts.
  
- 77 • **Gutes Geld für Gute Arbeit:** Zentral für die weitere Angleichung bei den  
78 Löhnen und der Arbeitszeit ist die Stärkung der Tarifbindung  
79 Sächsischer Unternehmen. Hier braucht es mehr als Anerkennung für die  
80 Arbeit von Gewerkschaften sowie von Betriebs- und Personalrät:innen. Um  
81 die Tarifbindung weiter zu stärken, setzen wir uns dafür ein,  
82 tarifgebundene Unternehmen steuerlich besser zu stellen als nicht-  
83 tarifgebundene Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden,  
84 Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich zu machen.

85 **Die Politik muss ihren Beitrag leisten:** Wir müssen zum einen durch politische  
86 Maßnahmen Tarifverträge stärken. Und zum anderen gesetzliche Bestimmungen,  
87 die Tarifflicht begünstigen und prekäre Beschäftigung fördern, ändern.  
88 Deshalb belohnen wir in unserer sächsischen Wirtschaftsförderpolitik  
89 Tarifbezahlung und werden das sächsische Vergabegesetz arbeitnehmerfreundlich  
90 umgestalten. Zugleich werden wir die Bundesebene bei der Einführung eines  
91 Bundestariftreuegesetzes unterstützen. Die sächsische Sozialdemokratie wird  
92 weiterhin ihren politischen Beitrag dazu leisten und energisch für Gute Arbeit  
93 in Sachsen streiten.